

München

Vier Jahrzehnte im Kampf gegen das Verdrängen und für die Perspektive der Überlebenden

Robert Andreasch

Der mörderische Brandanschlag auf das Wohnheim der israelitischen Kulturgemeinde 1970, die Geiselnahme an der israelischen Olympiamannschaft 1972, der Sprengsatz gegen den Radiosender AFN durch einen Aktivisten der Wehrsportgruppe Hoffmann 1976, die Bombenexplosion auf dem Oktoberfest 1980, der tödliche Anschlag der Gruppe Ludwig 1984, zwei Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) 2001 und 2005, das rassistisch motivierte Attentat am Olympia-Einkaufszentrum 2016 – in München haben rechte und antisemitische Täter*innen in den vergangenen Jahrzehnten eine besonders furchtbare Blutspur gezogen. An die Taten und die Betroffenen wird vor Ort in sehr unterschiedlichem Ausmaß erinnert oder auch nicht.

41 Jahre ist der neonazistische Anschlag auf dem Oktoberfest nun her. Und genauso lang dauern die Kämpfe für Aufklärung und Erinnerung schon an.

Am 26. September 1980 legte der 21-jährige Student Gundolf Köhler, der seit seiner Jugend in neonazistischen Vereinigungen aktiv gewesen war, um 22.19 Uhr eine Bombe in einen Drahtgitterpapierkorb am Haupteingang zur Münchner »Wies'n«. Sie explodierte, als Köhler noch in direkter Nähe stand. Die Metallteile des Sprengkörpers und des Papierkorbs verstärkten die tödliche Wirkung. Zwölf Oktoberfestbesucher starben sofort oder in den folgenden Tagen, 221 wurden verletzt. Auch Köhler kam bei der Detonation ums Leben (vgl. Andreasch 2020: 33).

Bereits am Folgetag des Attentats, dem Samstag, 27. September 1980, hatte das Volksfest geöffnet, als sei nichts geschehen. Der Bombenkrater am Eingang war eilig zug gepflastert worden, keine 12 Stunden nach der Detonation der Bombe wurde in den vollen Festzelten wieder gefeiert. Die Angehörigen

der Toten und die Verletzten wurden damit in einer Zeit, in der sie die Solidarität und den Rückhalt der Gesellschaft hätten spüren müssen, brüskiert, ihre Gefühle komplett ignoriert. Die Frankfurter Rundschau wies damals auf den Unterschied zu den Reaktionen hin, die es in Bologna nach dem rechts-terroristischen Attentat auf den Bahnhof unmittelbar zuvor gegeben hatte: »Während in München das Oktoberfest beinahe so weitergeht, als wäre nichts gewesen [...] hatten sich in der italienischen Stadt sofort alle demokratischen Kräfte zu machtvollen und beeindruckenden antifaschistischen Demonstrationen zusammengefunden. Und um die Stelle des Attentats wurde wenigstens eine Absperrung aus Pietät gezogen.« (Arens 1980) In München verteilten einige Menschen Flugblätter an die Wiesnbesucher*innen: »Hier starben gestern Menschen! Wenn Sie noch Lust haben auf das Oktoberfest zu gehen, denken Sie daran, dass an der Stelle, an der Sie jetzt stehen, Kinder, Frauen und Männer zerfetzt wurden.«

Dem langen Nichthandeln von Stadt, Staat und Mehrheitsgesellschaft haben Linke, Antifaschist*innen und Teile der Betroffenen über 40 Jahre lang kontinuierlich politische Aktionen entgegengesetzt. Von Anfang an musste das Erinnern und Gedenken an das Oktoberfestattentat und die dabei Ermordeten gegen vielfältige Widerstände erkämpft werden. Am Rande der offiziellen Trauerfeier der Stadt auf dem Marienplatz trugen Antifaschist*innen am 30. September 1980 Schilder und ein Banner »Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande« mit sich. Die Staatsanwaltschaft München klagte später zwei von ihnen wegen Verstößen gegen das Versammlungs-gesetz an und vom Amtsgericht München wurden sie wegen des Vorwurfs, eine »unangemeldete Versammlung« durchgeführt zu haben sogar zu einer Geldstrafe verurteilt. Ebenfalls am 30. September 1980 kamen rund 1.500 Menschen zu einem Fackelzug unter dem Motto »Verbot aller faschistischen und neonazistischen Gruppen« der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) zusammen. Im Mai 1981 führte der baye-rische Verfassungsschutz diese Aktion im Abschnitt »Linksextremismus« sei-nes Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 1980 auf (vgl. Bayerisches Staats-ministerium des Innern 1981: 39).

In der Berichterstattung hatten zunächst Beiträge über die Tat und den tatverdächtigen Gundolf Köhler dominiert. Einmal, am 29. September 1980, berichtete die Süddeutsche Zeitung in einem Artikel (»Ein riesiger Feuerball – und alles schrie«) über die Perspektive und das Leiden von vier der 221 beim Attentat Verletzten. Ein Jahr nach dem Attentat wurde im BR-Fernsehen eine Dokumentation ausgestrahlt, die entgegen ihrem optimistischen Titel »Jetzt

geht's schon wieder aufwärts« am Beispiel von drei Jugendlichen aufzeigte, welche schlimmen Auswirkungen der Bombenanschlag auf die Betroffenen hatte. Aktivist*innen der VVN/BdA brachten am 8. Mai 1981 an der Theresienwiese eine erste Gedenktafel für die Opfer des Neonazi-Attentats an. Die Stadt München ließ sie rasch entfernen, gegen den Opferverband stellte sie Strafanzeigen. Aktivist*innen des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD errichteten daraufhin im August an der Theresienwiese ein acht Tonnen schweres Steinmahnmal mit der Aufschrift »Dem Naziterror Einhalt gebieten! Wir gedenken der Toten von München«. Die Stadt München sorgte für einen Abtransport nach nicht einmal neun Stunden. An der Theresienwiese ließ sie stattdessen eine Gedenksäule aus Bronze errichten, die mit der Aufschrift »Zum Gedenken an die Opfer des Bombenanschlags von 26.9.1980« nicht nur nichts über die Hintergründe des Attentats verriet, sondern in der damaligen Version auch die Namen der Ermordeten verschwieg.

Zum ersten Jahrestag am 26. September 1981 organisierten linke Gruppen und Gewerkschaften eine Kranzniederlegung an der Theresienwiese und eine Demo durch die Münchner Innenstadt. Auf dem Marienplatz erinnerten sie mit einzelnen Tafeln an die Ermordeten, z. B. »Gabriele Deutsch, 18 Jahre, könnte heute noch leben ...«. In einem Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg wurde an die Leiden der Betroffenen erinnert:

»Noch immer liegen Attentatsopfer im Krankenhaus. Elf von ihnen mussten die Beine amputiert werden, 177 haben Rentenanträge gestellt. Die Überlebenden haben noch heute die physischen und psychischen Qualen der Folgen des Attentats zu ertragen. Die ausländischen Opfer des Anschlags warten noch immer auf eine Entschädigung. [...] Bis heute sind die Hintergründe des Bombenanschlags nicht aufgeklärt, keiner der Hintermänner zur Rechenschaft gezogen worden. Die Sonderkommission zur Aufklärung des Attentats stellte Mitte des Jahres ihre Arbeit ein. Diese Politik der Verschleierung des faschistischen Terrors, die Version von der Einzeltäterschaft Gundolf Köhlers darf nicht hingenommen werden.«

Auch wenn meist Betroffene des Attentats in die Durchführung der jährlichen Gedenkfeiern von linken Gruppen und der DGB-Jugend einbezogen wurden, sind viele der Hinterbliebenen und ein großer Teil der Schwerverletzten in den Folgejahren doch aus dem Blickfeld geraten, zumal viele Betroffene nicht in München leb(t)en. Im Vordergrund der allermeisten politischen Aktionen in den vergangenen 41 Jahren stand der Skandal, dass die Behörden den politischen, rechten Hintergrund des Attentats beharrlich bestritten und nicht

nach möglichen Mittäter*innen oder Mitwisser*innen von Gundolf Köhler ermittelten. Hinzu kam die Wut über den Umgang mit rechter Gewalt und Terror: Die Ermordeten könnten vielleicht noch am Leben sein, wenn Staat und Gesellschaft nicht die Warnungen vieler Antifaschist*innen vor der rechtsterroristischen Gefahr allgemein und vor der Wehrsportgruppe Hoffmann im Besonderen in den Wind geschlagen hätten. »Wer die Täter*innen nicht sehen will, will auch die Perspektive der Opfer nicht sehen«, sagte Siegfried Benker, der geschäftsführende Vorstand des BEFORE e.V., im Herbst 2020 in einer Broschüre seines Münchner Vereins rückblickend. Insbesondere »das Ausblenden des politischen Hintergrundes des Täters« hätte »immense Auswirkungen auf die Opfer« gehabt, weil die »drängende Frage nach dem ›Warum‹, nach dem Motiv des Täters und dem Grund des eigenen Leidens« unbeantwortet geblieben sei (Beratungsstelle BEFORE 2020).

Zum zweiten Jahrestag, 1982, verbot die Stadt München eine politische Gedenkaktion auf dem Königsplatz u.a. mit der Begründung, es sei unzulässig, wie von den Initiator*innen geplant, eine Verbindung zwischen dem Wies'n-Attentat und neonazistischen Kreisen herzustellen. Die Veranstaltung wurde nach einem Rechtsstreit im Oktober 1982 nachgeholt. Zu den Redner*innen gehörten mit Ignaz Platzer, der beim Anschlag zwei Kinder verloren hatte, sowie Renate Martinez, die durch die Bombe schwer verletzt worden war, auch zwei Betroffene. Die Veranstaltenden stellten die Verbindung zu den Opfern anderer rechtsterroristischer Anschläge her und so traten auch die beim Attentat Helmut Oxners in Nürnberg am 24. Juni 1982 verletzten Ali Riza Kaygusuz und Yung ae Young ans Mikrofon.

Einige der Opfer nahmen den Kampf um Aufklärung nun in die eigene Hand. Im Januar 1983 gingen sechs Betroffene des Oktoberfestattentats und ihr Rechtsanwalt Werner Dietrich mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Sie forderten eine Wiederaufnahme der durch die Bundesanwaltschaft mittlerweile eingestellten Ermittlungen und beantragten ihrerseits Akteneinsicht. »Wir nehmen diese Anstrengung auf uns«, sagten die Betroffenen, »um beizutragen, anderen solch schmerzliche Erfahrungen zu ersparen, wie wir sie am eigenen Leib erleben mußten, und die wir in unserem Land vorher nicht für möglich gehalten hätten.« Man hoffe »auf die publizistische und materielle Hilfe weiterer engagierter Juristen, auf die breite Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit und auf Geldspenden«. Eine der damals schwer Verletzten, Claudia Z., schilderte im September 2020, wie die Betroffenen bei der Bewältigung des Geschehenen jedoch weitgehend alleingelassen wurden: »Am Anfang war das schon ein Thema. Aber nach einer relativ kur-

zen Zeit wollte das die Umwelt nicht mehr hören. Mit meiner Tochter konnte ich sehr viel darüber sprechen, auch mit meinem Mann, innerhalb der Familie, ja. Aber außerhalb war das kein Thema.« Im Juni 1984 lehnte der Generalbundesanwalt Kurt Rebmann eine Wiederaufnahme der Ermittlungen ab. Der Stadtrat verweigerte sich im selben Jahr der Idee eines Gedenkabends an der Wiesn mit früherem Betriebsschluss des Oktoberfests. Die antifaschistische Mahnwache am Mahnmal auf der Theresienwiese wurde schließlich von Neonazis gewalttätig angegriffen. Im selben Jahr hatten Neonazis der Gruppe Ludwig bei einem Attentat am 7. Januar in der Münchner Schillerstraße Corinna Tartarotti so schwer verletzt, dass sie im April 1984 verstarb. 30 Jahre lang wurde sie in der Stadt komplett vergessen und es sind Antifaschist*innen und Feminist*innen, die sich seit einigen Jahren für ein Erinnern einsetzen.

Ignaz Platzer, Renate Martinez, der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, das Anti-Strauß-Komitee und der DGB organisierten zum fünften Jahrestag 1985 eine Mahnwache am Eingang des Oktoberfests unter dem Motto »Die Opfer könnten noch leben«. Die DGB-Jugend organisierte einen Fackelzug zur Theresienwiese und ließ bei einer gesonderten Veranstaltung den BR-Hörfunkjournalisten Ulrich Chaussy zum Thema »Der staatliche Umgang mit Neofaschisten« referieren. Vier Jahrzehnte lang gehörten sowohl Chaussy als auch die DGB-Jugend zu denjenigen Akteur*innen, die dem allgemeinen Vergessen des Skandals »Oktoberfestattentats« kontinuierlich entgegenarbeiteten.

Nach dem rassistischen Attentat von Hanau am 19. Februar 2020 wurde eine Kampagne unter dem Hashtag #saytheirnames populär, mit der die Ermordeten der Anonymität und dem schnellen gesellschaftlichen Vergessen entrissen werden sollten. Nicht die durch den Attentäter angestrebte »Auslöschung« der Person solle sich durchsetzen, sondern gerade die Nennung und Erinnerung in der Zukunft obsiegen. Varianten davon gab es auch schon in den Jahren nach dem Oktoberfestattentat: 1986 hängte Ignaz Platzer während einer städtischen Kranzniederlegung eine Tafel mit den Namen der Opfer an das Mahnmal. 1987 war ein Flugblatt des Arbeiterbunds mit den Porträts und Namen der beim Oktoberfestattentat Ermordeten illustriert. Der Text begann mit der Erinnerung »Hier an dieser Stelle, heute vor sieben Jahren, wurden sie von einer Bombe zerrissen.« Für die offizielle Stadtpolitik war das Gedenken zu dieser Zeit bereits nur noch ein Ritual. Die Abendzeitung kritisierte, dass die städtische Gedenkfeier im Münchner Rathaus ganze 28 Minuten gedauert habe, bevor sich der Stadtrat dann dem »Hofbräuhaus-Gelände, de[m] neuen Flughafen und Dachgeschoßausbau« gewidmet habe (Böhm/Huber 1990). Die

jährlichen kritischen linken Mahnwachen am Jahrestag des Attentats, noch dazu am Tatort (dem Haupteingang zur Wiesn), schienen zunehmend zu stören. 1991 versuchte die CSU-Stadtratsfraktion während des Oktoberfestes eine generelle Bannmeile um die Theresienwiese durchzusetzen, sodass »keinerlei politische Veranstaltungen, Informationsstände, Demonstrationen oder dergleichen während der Zeit des Oktoberfestes stattfinden können«, wie es im Antrag hieß. Gegen die Verteiler eines antifaschistischen Flugblattes, das zum Jahrestag des Wiesn-Attentats auch die Ermordung Jorge Góndais in Dresden sowie ein rechtsterroristisches Attentat im Münchner Ostpark 1991 thematisierte, stellte die CSU Strafanzeige wegen »Verunglimpfung des Staates« (§90 StGB). Es hatte u. a. die Passagen »Die Staatsorgane betrachten das Schlagen und Morden mit verschränkten Armen« und »Politiker gießen täglich Öl ins Feuer« enthalten. Zum 20. Jahrestag am 26. September 2000 bekamen die Betroffenen erstmals wieder etwas mehr Aufmerksamkeit. Wolfgang Görl veröffentlichte unter der Überschrift »Die falsche Zeit, der falsche Ort. Vor 20 Jahren explodierte die Bombe auf der Wiesn – für die Überlebenden ist es, als ob es gestern gewesen wäre« einen ausführlichen Bericht, in dem er die Schicksale einiger Hinterbliebenen und Verletzter schilderte und sie ausführlich zu Wort kommen ließ (vgl. Görl 2000).

Zehn Jahre später war das neonazistische Oktoberfestattentat bei vielen in Vergessenheit geraten. Im September 2010 beschrieb Annette Ramelsberger in der Süddeutschen Zeitung die Lage unter der Überschrift »Ein kollektives Trauma« wie folgt:

»Es spricht für das allgemeine Trauma, dass die Stadt das Attentat bis heute intensiv verdrängt, die Opfer an den Rand schiebt, selbst das Denkmal für sie spät und lieblos aufstellte wie eine lästige Pflichterfüllung. Die glänzende Stadt München bemühte sich sehr, den Einbruch des Grauens auf ihr liebstes Fest zu verdrängen.« (Ramelsberger 2010)

Wieso wurden die Betroffenen derart ignoriert? War das wirklich die Folge eines »allgemeinen Traumas«, waren wirklich »alle« traumatisiert worden? Der Anschlag war keiner rassistisch motivierten Opferauswahlstrategie gefolgt. Das Nichtwahrnehmenwollen der Betroffenen war, anders als zwei Jahrzehnte später bei der Mordserie des NSU, keine Folge der gesellschaftlichen oder institutionellen Rassismen. Eine Erklärung für die dennoch lange Verweigerung von Solidarität mit den Betroffenen könnte sein: Die Hinterbliebenen und Verletzten erinnerten durch ihr bloßes Dasein schon an die Gefahren rechter Ideologie, an die Bedrohung durch den rechten Terrorismus und eben

auch an die Untätigkeit von Staat und Gesellschaft. Sie störten den Konsens des allgemeinen Vergessens und mussten deshalb entnannt und ausgegrenzt werden. Vielleicht könnte man sogar in Anlehnung an Stuart Hall sagen, dass sie nicht wie die Angehörigen der vom NSU Ermordeten als »äußere Andere« konstruiert (und durch eine rassistische Täter-Opfer-Umdrehung exkludiert) wurden, sondern als »innere Andere« (ebenfalls) negativ wahrgenommen wurden (vgl. Hall 2004). Und sie sollten gerade deshalb auch bewusst vergessen werden. Die beim Attentat verletzte Claudia Z. schilderte im September 2020 rückblickend: »Wir sind unverschuldet einfach lustig auf der Wiesen gewesen. Wir haben keine Fehler gemacht und sind eigentlich bestraft worden.« (Beratungsstelle BEFORE 2020)

Dass die Betroffenen de facto aus der kollektiven Aufmerksamkeit ausgeschlossen wurden, hatte materiell katastrophale Auswirkungen auf sie. Die Münchner Beratungsstelle BEFORE für Opfer rechter Gewalt beschrieb es im Jahr 2020 so: »Die Realität vieler Betroffener [sei] in der Folge aber leider nicht von großzügiger Unterstützung und verständnisvoller Hilfe geprägt« gewesen; und:

»In der Praxis müssen und mussten Betroffene aber um die Übernahme kleinster Beträge kämpfen. Einige berichten von jahrelangen Widerspruchsprozessen bis hin zu Aussagen von Mitarbeiter*innen des Versorgungsamtes, dass sie sich nicht ihr ganzes Leben ›darauf ausruhen‹ könnten, Opfer des Attentats zu sein [...] Das Vorgehen der zuständigen Behörden verstärkte über die lange Zeit von 40 Jahren hinweg, dass sich Betroffene nicht ernst genommen fühlten, nicht anerkannt in ihrem Erleben, ihren Leiden und den Folgen der körperlichen und seelischen Verletzungen.« (Beratungsstelle BEFORE 2020)

2010 setzte sich u.a. der Attentats-Überlebende Robert Höckmayr für einen Hilfsfonds ein: »Ich will Gerechtigkeit. Wenn ich jemanden bei einem Auto-Unfall verletze, zahlt die Versicherung. Für uns war niemand da.« In der öffentlichen Wahrnehmung war die Betroffenenperspektive sehr unterrepräsentiert. Der Überlebende Hans Roauer schilderte der Süddeutschen Zeitung seine Erfahrungen bei der städtischen »Gedenkstunde« im Jahr 2005. Im Artikel heißt es:

»Doch als Roauer an dem Ort ankam, der ihm bis heute Angst macht, da habe es für ihn und die anderen, oft schwerstbehinderten Attentatsopfer nicht einmal einen Sitzplatz gegeben, sagt er. ›Nur die Honoratioren saßen hinter

der Absperrung, wir standen mitten in der Meute. Und dann die salbungsvollen Worte. Ich habe das nur fünf Minuten ausgehalten«, sagt Roauer.« (Riedel 2015)

Ungefähr ab dem Jahr 2010 waren die erneuten Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen zentral. Für diese wichtige Initiative engagierte sich u.a. auch der Betroffene Ignaz Platzer. 2014 errangen Rechtsanwältin Werner Dietrich & Co. ihr Ziel: 32 Jahre nach der Einstellung der Ermittlungen nahm die Bundesanwaltschaft die Untersuchungen wieder auf.

Im November 2011 enttarnte sich der rechtsterroristische NSU und seine Mordserie selbst. In München hatten die Neonazis Habil Kılıç (2001) und Theodoros Boulgarides (2005) ermordet. Ulrich Chaussy verfasste ein neues Kapitel für sein Buch und bezeichnete die »Geschichte des Oktoberfest-Attentats und der gescheiterten Aufklärung dieses Terroranschlages« als »Vorgeschichte« des NSU, als »einen lange schon bestehende[n] blinde[n] Fleck in der Wahrnehmung der Gefahren des Rechtsextremismus« (Chaussy 2014). 2016 ermordete David Sonboly neun Menschen bei seinem Attentat am Olympia Einkaufszentrum (OEZ). Es war nun aber die Stadtspitze, die in Zusammenarbeit mit den Hinterbliebenen ein Denkmal errichten ließ und drei Jahre lang engagiert gegen Verfassungsschutz und LKA ankämpfte, die die rassistisch und antiziganistisch motivierte Opferauswahl des Täters ignoriert hatten. Die DGB-Jugend bewarb ihre Gedenkveranstaltung zum 37. Jahrestag des Oktoberfestattentats nun mit einer opferzentrierten Sicht: »Im Mittelpunkt des Gedenkens sollen 2017 die Überlebenden stehen: Wie ist es ihnen ergangen? Wie geht es ihnen heute? Wie blicken sie in die Zukunft?« Im Folgejahr gestand die Stadtverwaltung erstmals den oft erniedrigenden Umgang mit eben jenen Überlebenden in den vergangenen Jahrzehnten ein. Im Durchgang zum Innenhof des Rathauses ließ sie eine Tafel anbringen, die mit dem Satz beginnt »Ihr unbeachtetes Leid mahnt uns zur Fürsorge«. Bis 2018 waren die Überlebenden nicht als Opfer einer politisch motivierten Gewalttat entschädigt worden. 2018 und 2019 bewilligte der Stadtrat je 50.000 Euro für einen städtischen Unterstützungsfonds. Die Mittel, so die Hoffnung, sollten zukünftig durch Gelder von Land und Bund aufgestockt werden. Claudia Z. berichtete im Herbst 2020 über die gewissermaßen neue Ära, die für die Betroffenen begann:

»Der Umgang ist auf einmal so positiv. Wir haben auf einmal Raum, wir dürfen sprechen, wir durften weinen, wir durften lachen. Das war so angenehm. Da sind Menschen, die hören zu, die nehmen das ernst, was du sagst, die

sehen dich nicht als Nummer, wie ich mir im Versorgungsamt immer vorgekommen bin« (Beratungsstelle BEFORE 2020).

Seit 2015 hatte die Stadtverwaltung mit Hinterbliebenen und Betroffenen, aber auch den Akteur*innen der jahrzehntelangen Erinnerungsarbeit die Ausstellung »Dokumentation Oktoberfest-Attentat« erarbeitet, die seit September 2020 in der Nähe des damaligen Tatorts an der Theresienwiese aufgebaut ist. Erstmals wurde ein Ort geschaffen, an dem Überlebende, Angehörige und Augenzeug*innen zu Wort kommen und die Hintergründe des rechten Terrorattentats ebenso erläutert werden wie der gesellschaftliche Umgang mit dem Anschlag in den 40 Jahren danach. Für die Erinnerung an die vom NSU in München Ermordeten steht eine adäquate Erinnerungsform noch aus. Kurz vor der Eröffnung der Dokumentation, im Sommer 2020, stellte der Generalbundesanwalt die Ermittlungen erneut ein, gleichzeitig hielt er jedoch erstmals eine »rechtsextremistische Motivation« der Tat als Ergebnis der Untersuchungen fest. Gundolf Köhler habe u.a. über eine Beeinflussung der Bundestagswahl im Oktober 1980 durch ein Attentat gesprochen. Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums kündigte an, die Opfer des Oktoberfestattentats nun entschädigen zu wollen. Bayern und der Bund stellten je 500.000 Euro zur Verfügung.

»Nach den Morden des NSU, der langen Leidensgeschichte von deren Betroffenen und Angehörigen, nach dem OEZ-Attentat und nach den Anschlägen von Halle und Hanau hat sich der Blick verändert«, fasste Siegfried Benker in der Publikation »Historische Verantwortung« von BEFORE diese Entwicklung zusammen (Beratungsstelle BEFORE 2020). Nach der Gedenkveranstaltung am 26. September 2020 analysierte auch Andrea Hübler (2020) in der Fachzeitschrift der rechte rand die veränderte Situation:

»Um Entwicklungen in der offiziellen Gedenkpoltik nachzuvollziehen, lohnt sich der Blick auf Reden des Bundespräsidenten – auf Anlässe und Inhalt. Bundespräsident Steinmeier sprach nicht nur zur Trauerfeier für die Opfer des Anschlags in Hanau, sondern lud die Angehörigen sechs Monate später in seinen Amtssitz zu einer Gedenkveranstaltung. Auch die Hinterbliebenen kamen in Hanau zu Wort, ebenso im September in München. Anlässlich des 40. Jahrestags des Oktoberfestattentats sprachen neben dem Bundespräsidenten, dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Münchner Oberbürgermeister vier Überlebende des Anschlags«.

Auch Hübler sieht in den Auseinandersetzungen über den NSU-Komplex einen Grund für den aktuellen Wandel:

»Vor dem Hintergrund des NSU-Komplexes gewann die Suche nach Antworten in ungeklärten Fällen, das Einfordern von Wahrheit und Gerechtigkeit, die Fragen nach Motiven, Strukturen und Kontinuitäten an Bedeutung. Das ist ebenso wie das Anprangern der gesellschaftlichen Grundlagen seither untrennbar verbunden mit dem Gedenken an die Opfer und das Erinnern an die Taten.« (Hübler 2020)

Literatur

- Andreasch, Robert (2020): »Dulden, Leugnen, Entpolitisieren«, in: Das Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung 9.
- Arens, Roman (1980): »Wenige Stunden danach waren die Bierzelte wieder voll«, in: Frankfurter Rundschau vom 29.09.1980.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (1981): Verfassungsschutzbericht Bayern 1980, München.
- Beratungsstelle BEFORE (2020): »Historische Verantwortung«, München.
- Böhm, Angela/Huber, Thorsten (1990): »Gedenkfeier für Wiesn-Opfer: Stadtrat hatte keine Zeit«, in: Abendzeitung vom 27.09.1990.
- Chaussy, Ulrich (2014): »Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann«. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Görl, Wolfgang (2000): »Die falsche Zeit, der falsche Ort«, in: Süddeutsche Zeitung vom 26.09.2000.
- Hall, Stuart (2004): Das Spektakel des ›Anderen‹, in: In Stuart Hall (Hg.), Ideologie – Identität – Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4. Hamburg: Argument.
- Hübler, Andrea (2020): »Gedenken an Opfer rechter Gewalt in Deutschland«, in: der rechte rand 187.
- O.A. (1980): »Ein riesiger Feuerball – und alles schrie«, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.09.1980.
- Ramelsberger, Annette (2010): »Ein kollektives Trauma«, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.09.2010.
- Riedel, Katja (2015): »Schweres Erbe. 35 Jahre nach dem Oktoberfestattentat verändert sich langsam der Umgang mit dem Terroranschlag«, in: Süddeutsche Zeitung vom 26./27.09.2015.